

ANFRAGE

gemäß § 8 der Geschäftsordnung für den Rat der Universitätsstadt Siegen
und seine Ausschüsse

Anfragesteller/in	Volt- Fraktion
Eingang	25.04.2023
Federführend	GB 4/ Abt. 4/4

Beratungsfolge:

☒ öffentlich

☐ nichtöffentlich

Ausschuss für Umwelt, Klima und Energie

23.05.2023

Betreff:

EEG-Novelle 2023

Anfrage der Volt-Fraktion

Allgemein:

Das Erneuerbare-Energien-Gesetz wurde im Jahr 2000 als Marktanreizprogramm gestartet und seitdem mehrfach überarbeitet. Die letzte Novellierung des EEG 2023, verabschiedet im Juli 2022, trat am 1. Januar 2023 in Kraft und ist die größte energiepolitische Gesetzesnovelle seit Jahrzehnten. Es legt die Grundlagen dafür, dass Deutschland klimaneutral wird. Mit einem konsequenten, deutlich schnelleren Ausbau soll der Anteil erneuerbarer Energien am Bruttostromverbrauch bis 2030 auf mindestens 80 Prozent steigen. Das EEG 2023 verdichtet somit das Ziel der emissionsfreien Stromversorgung. So soll diese bundesweit im Jahr 2035 treibhausgasneutral, also nahezu vollständig durch erneuerbare Energien, gestaltet werden. Bereits 2030 soll der Anteil erneuerbarer Energien an der Stromversorgung des Bundesstrommix bei mindestens 80 % liegen. Mit der EEG Novelle 2023 wird der Fokus weiterhinauf den Ausbau von Photovoltaik und Windenergie gelegt. Allerdings wurden auch Anpassungen für andere Erneuerbare Energieträger, wie etwa Wasserkraft, Biogas und Biomasse beschlossen. Der Ausbau der erneuerbaren Energien erfolgt insbesondere im Interesse des Klima- und Umweltschutzes zur Entwicklung einer nachhaltigen Energieversorgung. Zu diesem Zweck enthält das Gesetz eine Fülle von Maßnahmen: Etwa die Festlegung von Min-

destzielen für den Anteil Erneuerbarer an der Stromerzeugung, die Schaffung finanzieller Anreize für Investitionen in erneuerbare Energien und die Setzung eines Rahmens für den Ausbau der Infrastruktur dieser. Die Steigerung der Ausbauraten aufgeteilt nach Technologien wurde für die Solarenergie auf 22GW pro Jahr (ausbauziel 215 GW für 2030), für Onshore-Windenergie auf 10 GW pro Jahr (Ausbauziel 115 GW bis 2030) und für Offshore-Anlagen gestaffelt auf insg. 30 GW bis 2030 definiert.

Zum Antrag:

Zu 1.:

Hier stellt sich der Verwaltung die Frage was der Antragsteller mit „Welche Folgen ergeben sich aus der EEG-Novelle 2023 für die Stadt Siegen?“ meint: Zielt die Frage auf das Territorium der Stadt Siegen ab, mit Ihren Bürgerinnen und Bürgern, den Unternehmen und der Stadtgesellschaft? Oder besteht die Frage darin, welche Abteilungen in welcher Form mit den Anpassungen wie zu verfahren haben? Beispielsweise haben die Änderungen ja Einfluss auf Stadtplanung und Stadtentwicklung durch bspw. geänderte Flächenkulissen oder auch auf die Wirtschaftsförderung was die Förderung rund um Wasserstoff oder die Vermarktung von Gewerbegebieten anbelangt. Mit Blick auf bspw. die städtischen Strombezugskosten ist etwa der Wegfall der EEG-Umlage aufgrund der disruptiven Strommärkte für die Stadt Siegen, als ein Teilbereich der Neuerungen, insgesamt zu vernachlässigen.

Ganz allgemein lässt sich festhalten, dass die Novellierung in jedem Fall positive Auswirkungen auf den Weiterausbau erneuerbarer Energien und auch auf die Siegener Wirtschaft haben wird. Das EEG 2023 hat viele Hemmnisse für den weiteren Ausbau, vor allem der Solarenergie, aus dem Weg geräumt. Die Anpassung des Ausbaukorridors und stabilere Einspeisevergütungen senden deutliche Signale an Bürgerschaft, Unternehmen, Institutionen und Kommunen. Die steuerlichen und bürokratischen Hürden bei der Umsetzung von Solaranlagen wurden vor allem für Bürgerinnen und Bürger minimiert und auch die Einkommensteuer- und Gewerbesteuerbefreiung für kleine Solaranlagen eingeführt.

Zu 2.:

Die Verwaltung stellt sich hier die Frage, was mit der Frage „Wie will die Stadt die Ziele bis 2030 erreichen?“ gemeint ist? Auf welche Einflussgrößen zielt der Antragssteller ab? Eine umfassende Aufschlüsselung und Beantwortung wäre insgesamt sehr komplex. Die Stadtverwaltung Siegen hat etwa bei der auf das Stadtgebiet heruntergerechneten Erreichung der Ausbauziele nur einen limitierten Handlungsspielraum, da diese nur in wenigen Bereichen im direkten Einflussbereich der Kommune liegen.

Bei Maßnahmen wie bspw. Martinshardt II werden bereits weitreichende Planungen, Vorgaben und Regelungen angestrebt und gefördert. Auch die Potentialanalyse zu PV-Freiflächen und deren Realisierung, als ein weiteres Beispiel, zielt durch die Verwaltung getrieben auf den Ausbau Erneuerbarer Energien ab. Im Bereich des Windkraftausbaus auf dem Stadtgebiet ist die Kommune insgesamt nicht direktbeteiligt. Sie kann hier „nur“ begleiten und informieren.

Selbstverständlich wird versucht trotz der limitierten Personalkapazitäten umfassenden Beratungs- und Veranstaltungsangebote durch die Stabstelle Klimaschutz und den Energievereins Siegen-Wittgenstein e.V. für alle Akteure anzubieten. In Kooperation finden für verschiedene Akteure der Stadtgesellschaft, verschiedenste Informationsangebote mit bspw. Themen wie Parkplatz- und Sonder-PV-Anlagen (z.B. Regionalforum am 01.06.2023), oder Programme wie Ökoprofit sowie viele Einzelberatungen statt.

Maßnahmen aus dem Bereich „Erneuerbare Energien“ des städtischen Förderprogrammes tragen insbesondere zur Akzeptanzsteigerung und Aufklärung von Bevölkerung bei.

Sollte die Anfrage auf die eigenen Liegenschaften der Stadt Siegen abzielen, so hat die Verwaltung durch den Rat die „Sofortmaßnahmen zum Klimaneutralen Gebäudebetrieb“ bereits 2021 verabschiedet. Hier wird im Hinblick auf bspw. Solarenergie (thermisch wie elektrisch) auf die Maximalbelegung bei Neubauten/Anbauten und Dachsanierungen gesetzt. Ebenfalls sind 13 Machbarkeitsstudien zu weiteren Dächern gefördert beauftragt und liegen teilweise vor. Bei Sanierungen wie etwa dem Hallenbad Eiserfeld wird dies natürlich berücksichtigt. Neue Geschäftsmodelle wie auf einer Dachfläche zeitgleich eine Volleinspeiseranlage und eine Teileinspeiseranlage zu erbauen, finden Berücksichtigung. Bisher galten zwei Jahre Wartezeit, bis unter dem EEG eine Anlage erweitert werden durfte. Somit ist die Verwaltung gemäß der Sofortmaßnahmen und der gesetzlichen Regelungen ohnehin verpflichtet, diese einzuhalten und umzusetzen.

Die umfassenden Änderungen des EEG 2023 weitreichender zu erläutern, nach Energieträgern und den Akteursgruppen aufzustellen und auf alle Bereiche und Akteure des Stadtterritoriums zu beziehen, würde aus Sicht der Verwaltung den Rahmen der Beantwortung der Anfrage sprengen. Mit Blick auf die angespannte Personalsituation in allen beteiligten Fachabteilungen macht die Verwaltung daher den folgenden Vorschlag:

Sollte weiterer Informationsbedarf bestehen, bietet die Stabstelle Klimaschutz im Rahmen eines AK Klimaschutz die Möglichkeit, in Form von Fragen und Antworten über die Novellierungen Rede und Antwort zu stehen.

gez. Daub